

Für eine sozialdemokratische Bildungspolitik

Autor(en): **Wintsch, Hans Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **47 (1968)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dr. Hans Ulrich Wintsch

Für eine sozialdemokratische Bildungspolitik

Wenn die schweizerische sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bildungspolitik als solche zu erkennen sein soll, so muss sie eine *Alternative zur bisher landesüblichen Bildungskonzeption* darstellen. Das ist bis heute nur in bescheidenen Ansätzen der Fall. Im grossen und ganzen bewegen sich die Vorstellungen und die parlamentarischen Vorstösse unserer Politiker im Bereich des Erziehungs- und Bildungswesens auf ungefähr denselben Bahnen wie die der Gegenseite. Oder, um es noch deutlicher zu sagen: während sich die Sozialdemokraten und Gewerkschaften von ihrem politischen Selbstverständnis her zunächst und vor allem anderen um die Bildung der breiten arbeitnehmenden Volksschichten bemühen müssten, beschäftigen wir uns in bildungspolitischen Kreisen seit Jahren zumeist nur mit Problemen des Aufstiegs zu höherer Bildung, mit Mittelschul- und Hochschulangelegenheiten, mit Stipendienreformen und mit der Frage der Unterrepräsentation der Arbeiter-, Angestellten- und Bauernkinder an Gymnasien und Universitäten. Wir tun dies, obwohl auf Grund zahlreicher statistischer Erhebungen längst offenkundig geworden ist, dass der prozentuale Anteil der Kinder aus den sozialen Grundschichten an unseren höheren Bildungsanstalten seit langem wenn nicht stationär geblieben, so doch nur unerheblich angestiegen ist. Trotz wesentlich besser ausgebautem Stipendienwesen, trotz viel gutem Willen zum Abbau der sozialen Bildungsschranken besuchen auch heute noch keine zehn Prozent der Schweizer Jugend ein Gymnasium. Die überwältigende, man möchte wohl sagen: die erschreckende Mehrheit unserer Kinder hat an der höheren Bildung keinen Anteil. Der Volksschule entlassen, treten sie eine Berufslehre an oder gehen ohne weitere qualifizierte Ausbildung in das Erwerbsleben. So oder anders *hört für neun von 10 Jugendlichen mitten in ihrer körperlichen und seelisch-geistigen Reifezeit die Jugend von einem Tag auf den andern auf*; es beginnt für sie – wie man bezeichnenderweise auf deutsch sagt – der Ernst des Lebens. Der verschwindend kleine Rest dagegen, etwa

sechs bis acht Prozent unserer Jugend, darf weiterhin am Bildungsgeschehen partizipieren: Diese vom Schicksal verwöhnten jungen Menschen werden geistig geschult, ihre musisch-ästhetischen Fähigkeiten werden weiter entfaltet und ihr Körper wird gymnastisch ertüchtigt. Ausserdem stehen diesen Privilegierten im Durchschnitt drei- bis viermal soviel Ferien und Freizeit zur Verfügung wie ihren Kameraden «aus dem Volke».

Betrachten wir das Problem der sozialen Schichtung und der ständischen Vorrechte einmal unter dem Aspekt der Bildung, so dürfte wohl die Frage nicht mehr so abwegig sein, ob sich die Verhältnisse seit den Zeiten des proletarischen Klassenkampfes tatsächlich so grundlegend gewandelt haben. Höhere Bildung blieb damals und bleibt auch heute noch einer dünnen Schicht vorbehalten; die – wenn auch stetig – zunehmende Zahl der Ausnahmen bestätigt nur die Regel. Trotz heute besserer allgemeiner Volksbildung dürfte der Bildungsabstand zwischen den breiten Volksschichten und einer höheren gebildeten Mini-Minorität kaum abgenommen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach beträchtlich zugenommen haben.

Die Legende vom Marschallstab . . .

Napoleon der Erste soll gesagt haben, jeder Soldat trage den Marschallstab in seinem Tornister. Auf die Situation unserer modernen Leistungsgesellschaft und hier im besonderen auf das Gebiet der Bildung übertragen, würde dieser Satz etwa lauten: Jeder Erstklässler trägt das Doktordiplom in seinem Schultornister. In dieser Aussage steckt sicher ein Quentchen Wahrheit; niemand wird aber bestreiten können, dass darin ein viel grösseres Quantum an angewandter Psychologie der führenden Schichten gegenüber den Massen des Volkes enthalten ist. Mit der Verbreitung solcher und ähnlicher «Lebensweisheiten» werden bewusst oder unbewusst dieselben seelischen Mechanismen in Gang gesetzt, die etwa auch beim Lotterie- und Totospiel wirksam sind. Einerseits kommt man damit der besonders in den unteren Volksschichten weitverbreiteten Neigung zum realitätsinadäquaten Wunschträumen entgegen und andererseits wird erreicht, dass diese zahlenmässig ungleich stärkeren abhängigen Gesellschaftsgruppen die von einer Minderheit gesetzten und diese begünstigenden Ordnungen bejahen oder mindestens gleichgültig hinnehmen. Wozu sollen wir eine Gesellschaft verändern, in der doch jeder die Chance hat, «hochzukommen»?

Die Legende vom Marschallstab im Tornister oder vom Hochschuldiplom im Schulsack trägt dazu bei, den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse zu trüben und den Willen zur Umgestaltung bestehender unzulänglicher Gesellschaftsstrukturen zu lähmen.

In diesem Zusammenhang sei noch auf ein Phänomen hingewiesen, das m. E. gerade im Hinblick auf eine Neukonzeption der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bildungspolitik Beachtung verdient. Es bestehen

zwar keine zuverlässigen statistischen Angaben darüber, wer im einzelnen diese «Arbeiterkinder» sind, die auch unter den heutigen Sozialstrukturen ans Gymnasium und schliesslich zur Hochschule gelangen. Ich könnte mir aber denken, dass darunter nicht wenige Fälle zu finden wären, wo der «Arbeiter»-Vater inzwischen zum Gewerkschaftsfunktionär oder zum Politiker in Parlament und Exekutive aufgestiegen ist. Oder andersherum: Es steht zu vermuten, dass die Söhne und Töchter besonders der Chargierten in Partei und Gewerkschaften zu einem ansehnlichen Teil im Genuss einer mittleren und höheren Bildung stehen oder noch in den Genuss einer solchen Bildung kommen werden. – Nun wäre es ja nur allzu menschlich und verständlich, wenn diese Kollegen die bildungspolitischen Probleme vor allem von der eigenen Perspektive aus beurteilen würden. Ihr Gedankengang könnte dann etwa so aussehen: Weil ich am Beispiel meiner eigenen Familie erfahren habe, wie auch Arbeiterkinder zu höherer Bildung gelangen können, muss ich meine Bemühungen vor allem darauf richten, diesen Weg auch allen anderen Arbeiter- und Angestelltenkindern zu eröffnen. – Solche und ähnliche Überlegungen sind zwar grundsätzlich lobenswert, aber dennoch vom realistischen Standpunkt aus falsch. Denn es geht nicht an, von solchen Einzelfällen auf die tatsächlichen Möglichkeiten und mithin auf die wirklichen Interessen der unselbständig arbeitenden Schichten im ganzen zu schliessen. *Wir Sozialdemokraten und Gewerkschaftler müssen erkennen, dass wir mit einer Politik der höheren Bildung nicht von den tatsächlichen Bedürfnissen der von uns zu vertretenden breiten Volksschichten ausgehen, sondern damit bestenfalls ein Wunschdenken befriedigen.* Eine effektive Politik hat sich vorausschauend an den Gegebenheiten hier und jetzt zu orientieren. Unsere heutige Bildungspolitik dagegen basiert weitgehend auf Fiktionen oder unstatthaften Verallgemeinerungen und verpasst dabei, das Recht auf Bildung für *alle* Volkskreise zu verwirklichen.

Bildung, um nach «oben» zu kommen

Mit dem Stichwort «Recht auf Bildung» knüpfe ich bewusst dort an, wo Nationalrat Pierre Graber mit seinem vielbeachteten Referat am Kongress der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1961 in Lausanne angesetzt hat. Seine Ausführungen und Thesen waren das Ergebnis einer langjährigen Studienarbeit unter den Waadtländer Parteifreunden. Was Pierre Graber in Lausanne darlegte und forderte, behält auch heute seine volle Gültigkeit. Die damals noch aufseherregenden Zahlen und Tatsachen wurden inzwischen durch weitere wissenschaftliche Untersuchungen vielfach bestätigt; sie gehören heute gleichsam zur populärwissenschaftlichen Allgemeinbildung. – Mit dieser Feststellung sollen ein Positives und Negatives zugleich gesagt sein: Zu begrüßen ist, dass heute fast jeder weiss, wie verschwindend klein die Zahl der Arbeiterkinder an unseren Mittel- und Hochschulen ist und welches vermutlich die hauptsäch-

lichsten Ursachen dieses Übelstandes sind. An Elternabenden, in den Schulbehörden, in Lehrerkonventen, in Presse, Radio und Fernsehen wird über die sozialen Bildungsschranken und über die «Ungleichheit der Bildungschancen» gesprochen. Man hat zum Beispiel zur Kenntnis genommen, dass 1960 in der Stadt Bern die kleine Schicht der Unternehmer, Direktoren, Chefbeamten und Akademiker über 50 Prozent aller Gymnasiasten im fünften bis neunten Schuljahr stellt, die fünfmal grössere Schicht der gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter dagegen nicht einmal ein Prozent! Oder es ist weitherum bekannt, dass von all den Arbeiterkindern, die in der Volksschule zu den Spitzenschülern gehören und die auf Grund ihrer Zeugnissenoten sogar prüfungsfrei in ein Gymnasium übertreten könnten, mehr als die Hälfte diese Chance nicht wahrnehmen. Und in Analogie zu ausländischen Untersuchungen liegt die Vermutung bedenklich nahe, dass auch in der Schweiz von den Söhnen und Töchtern der obersten Gesellschaftsschicht, deren Intelligenz nur für den Besuch einer weiterführenden Volksschule ausreicht, dennoch immer noch mehr als ein Drittel auf irgendeinem Wege zu gymnasialer Bildung gelangen. Im weiteren ist inzwischen die Erkenntnis auch bis zu unseren Politikern vorgedrungen, dass mit Stipendienvorlagen allein das Problem der Untervertretung von Arbeiter-, Bauern- und Angestelltenkindern an unseren höheren Schulen nicht zu lösen ist. Wir wissen heute, dass die kulturellen Anregungen beziehungsweise das Fehlen dieser Anregungen im häuslichen Milieu ein viel entscheidenderer Faktor auf dem Bildungsweg des Kindes darstellen als die rein wirtschaftlichen Verhältnisse in der Familie. Das weitverbreitete Wissen um all diese Tatsachen ist ohne Zweifel erfreulich. Die Gefahr aber, die durch eine Verpolitisierung solcher Daten und Erkenntnisse entstehen könnte, sehe ich darin, dass damit auch die diesen Tatsachen zugrundeliegende Gesellschaftsstrukturen und Wertvorstellungen gefestigt werden. Ich meine damit vor allem *ein Denken, das in der Gymnasial- und Hochschulbildung ein Instrument zur Erlangung der höchsten Glücksgüter sieht*.

Wenn wir uns einmal ganz ehrlich auf unsere tieferliegenden und zu meist unausgesprochenen bildungspolitischen Vorstellungen besinnen, so gelangen wir zur Einsicht, dass sich hinter der Forderung nach «Recht auf Bildung» nur allzuoft die Überzeugung verbirgt, die höhere Bildung und ihre Institutionen seien der Schlüssel für den Weg nach oben oder für das, was man sich gemeinhin unter «oben» vorstellt; sie seien für alle Zeiten das Mittel zu grösserem Prestige, zu Macht und Reichtum in der Gesellschaft. Und wir glauben daher, es gelte mit allen politischen Mitteln den Anschluss an die höheren Bildungszüge zu ermöglichen, die vermeintlich allein ins gelobte Land der «besseren» Gesellschaft führen. Zugegeben, die heutigen Verhältnisse rechtfertigen voll und ganz ein solches Denken. Wenn wir aber daran unser politisches Vorgehen orientieren, so

bekräftigen und bejahen wir im Grunde ein verhängnisvolles und längst revisionsbedürftiges Menschen- und Gesellschaftsbild, worin Wissen und höhere Bildung aufs engste mit Ansehen, Macht und Reichtum verknüpft sind.

Bildung und Demokratie

Eine freiheitliche Demokratie ist nur lebens- und entwicklungsfähig, wenn das Volk – oder wie wir in der Schweiz so schön sagen: der Souverän einen *guten allgemeinen Bildungsstand* erreicht hat. Nicht das ist entscheidend, ob 5 oder 15 Prozent der Arbeiterkinder ein Hochschulstudium absolvieren können, sondern ob die im Vergleich zu den sogenannten Akademikern auch in Zukunft ungleich zahlreichen Arbeiter, Angestellten, Bauern und Techniker von morgen einen möglichst hohen Bildungs- und Ausbildungsstand erreichen werden. Wir können und dürfen heute unsere Aufgabe nicht mehr so verstehen, als gälte es, der Arbeiterklasse mittels höherer Bildungsanstalten zum Aufstieg in eine obere Gesellschaftsschicht zu verhelfen, sondern unser vornehmstes bildungspolitisches Anliegen muss sein, durch eine Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus das soziale Gefälle zu vermindern, um damit einen gesunden, funktionstüchtigen Volkskörper zu schaffen.

Unsere westlichen Demokratien sind nicht deshalb krank – wie viele der jugendlichen, vor allem der studentischen Revolutionäre glauben –, weil die falschen, die autoritären und repressiv-toleranten Leute im Establishment sitzen, sondern weil ein immer tiefer werdender Graben zwischen den hauchdünnen gebildeten und führenden Schichten einerseits und den mehr oder weniger passiven, blind konsumierenden und bildungsarmen Massen besteht. Es ist ein grobes Missverständnis der Lage, wenn man – wie dies kürzlich im Deutschen Fernsehen versucht wurde – die heute bestehenden enormen gesellschaftlichen Spannungen auf das Problem «Macht gegen Intellekt» einengen will. Macht und Intellekt stehen viel näher beisammen, als manche der jugendlichen noch-nicht-mächtigen Intellektuellen es wahrhaben wollen.

Wenn unser heutiges Bildungswesen fortbesteht, so werden erstens die Mächtigen immer mächtiger und die Ohnmächtigen immer ohnmächtiger, und zum zweiten werden sich die Mächtigen dieser Welt immer zahlreicher aus ehemaligen Absolventen von Universitäten und Technischen Hochschulen rekrutieren. Die Zeiten, da hohe und höchste Geistesgaben dazu benützt wurden, um in brotloser Existenz die Welt zu interpretieren, scheinen vorbei zu sein, wenngleich gerade jetzt viele gute Köpfe sich zu Studienzwecken wie etwa Soziologie drängen, die vorläufig noch keine Reichtümer in Aussicht stellen. Das allgemeine Bild aber spricht eine andere Sprache. Aus statistischen Erhebungen weiss man, dass spätestens seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die besten Maturanden nicht

mehr wie früher Philosophen, Philologen, Gymnasiallehrer und Pfarrer wurden, sondern sich in zunehmendem Masse sozial aussichtsreicheren und lukrativeren Berufen wie der Medizin oder den technischen Wissenschaften zuwandten. Bezeichnenderweise rangieren die Naturwissenschaften in den kapitalistischen Ländern weit hinten, wenn nicht gar, wie in der Bundesrepublik, an letzter Stelle. Denn es ist offensichtlich, dass unter den Kriterien der Berufswahl das Sozialprestige, die Möglichkeit zu Macht und materiellem Reichtum zu gelangen, eine immer bedeutendere Rolle spielen.

Abgesehen von den Superstars im Bereich des kulturellen und künstlerischen Lebens und ausser der immer kleiner werdenden Gruppe der sich von der Pike emporarbeitenden Manager gehören heute die Ärzte (unter ihnen besonders die Chirurgen), die Juristen, die Ingenieure und Architekten zu den Privilegierten unserer Gesellschaft. Sie sind es, die, gemessen am Durchschnitt über unverhältnismässig grossen materiellen Reichtum, über schamlos dimensionierten Wohnraum und über die eigentlichen Schlüsselpositionen in der Gesellschaft verfügen. Wir stehen heute in der grotesken und verhängnisvollen Situation, wo es zum Beispiel für einen guten Architekten finanziell völlig uninteressant geworden ist, etwa das Amt eines Direktors der öffentlichen Bauten zu übernehmen. Wenn er es trotzdem tut (was unwahrscheinlich ist), so sicherlich aus anderen Motiven.

Es scheint also, dass in der heutigen Zeit Bildung und geschulter Verstand immer mehr auch dazu gebraucht werden, Ansehen, Reichtum und Macht zu erlangen. Selbst da, wo diese Dinge nicht primär erstrebt werden, sind sie doch eine höchst angenehme Begleiterscheinung. Intellekt und Macht sind bedenklich zusammengewachsen, und die höheren Bildungsanstalten werden von den Mächtigen immer stärker dazu missbraucht, ihre Privilegien innerhalb des Clans zu festigen und zu reproduzieren.

Wenn heute auch in unseren prächtigen Villen an besonnten und frischluftdurchwehten Hügeln Parties gefeiert werden, an denen die revolutionäre Jeunesse dorée die rote Fahne zum Fenster hinaus hängt und an den Wänden Mao-Bilder aufzieht, so wäre es wohl allzu naiv, solche Happenings als Solidaritätskundgebungen mit den «Werk tätigen» zu deuten. Und auch die scheinbare Bedürfnislosigkeit gewisser studentischer Kreise, manifestiert durch gammelige Monturen, vermag uns nicht darüber hinwegzutäuschen, dass diese selbe Jugend bereits heute alle Vorrechte der Gesellschaft von Morgen erwartet, wenn sich bis dahin (nur) mit unserer Initiative nicht einiges in unseren Staatswesen geändert hat. Denn – auch darüber müssen wir uns wohl im klaren sein – die meisten von diesen wohlstandsverachtenden zornigen jungen Leute werden von diesen Privilegien auch ausgiebig Gebrauch machen, nicht ausgenommen die Arbeiterkinder unter ihnen.

Der besorgniserregende Zustand unserer westlichen Demokratien ist zutiefst, so meine ich, keine Funktion «illiberaler, autoritärer Relikte im System des Spätkapitalismus» (Emil H. Walter), sondern diese sind lediglich ein Symptom eines uralten Grundübels innerhalb der menschlichen Gesellschaft, nämlich der von den Mächtigen mit aller Kunst aufrechterhaltenen Ungleichheit unter den Menschen. Hinter einer autoritären Haltung verbergen sich höchst vitale Interessen. Und im Kampf gegen die traditionellen Bildungsinstitutionen wird es sich zeigen, dass hier nicht bloss überholte Vorstellungen und Denkgewohnheiten beseitigt werden müssen, sondern dass es hier letztlich um viel handfestere Dinge geht.

Es hätte uns längst stutzig machen müssen, dass die mächtigen und etablierten Kreise unseren Bemühungen um den Zugang der Arbeiterkinder zu höhern Schulen nicht unfreundlich gesinnt sind. Denn in diesen Kreisen weiss man selbstverständlich genau, dass es unter den gegebenen Bedingungen ohnedies immer nur wenige sein werden, die es schaffen; gerade genug, um die fehlenden Spitzenkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft zu erneuern. Die wahren Fronten werden erst dann zum Vorschein kommen, wenn wir unser bildungspolitisches Denken revidieren und beginnen, die alten und immer wieder sich im kleinen Kreise reproduzierenden Privilegien gleichsam von unten her abzubauen. *Wir müssen endlich die Reform der Bildung derjenigen breiten Volksschichten ins Werk setzen, die heute nicht zu den akademischen Gebildeten gehören und die auch morgen nicht zu ihnen gehören werden.*

Revision der Berufsbildung

Um einem allfälligen Missverständnis vorzubeugen, muss hier noch eines vorausgeschickt werden: Die bildungspolitischen Postulate, die Pierre Graber vor sieben Jahren auf dem Parteitag in Lausanne entworfen hat, bleiben selbstverständlich auch für die Zukunft in Geltung: Wir fordern weiterhin eine Rekrutierung für unsere Hochschulen auf breitester Basis, eine Vergrösserung des Anteils an weiblichen Studierenden und eine bessere Schulung der Mädchen überhaupt; wir werden uns weiterhin um den Ausbau des Stipendienwesens und hier vor allem um den Abbau von überholten fürsorgeideologischen Denkgewohnheiten bemühen müssen. Ebenso haben wir uns vermehrt als bisher mit den milieubedingten Bildungshemmnissen auseinanderzusetzen. Und nicht zuletzt wird es eine unserer Aufgaben sein, Reformen im Bereich der Volks-, Mittel- und Hochschulen einzuleiten und den bereits in Gang gekommenen Bestrebungen auf diesen Gebieten nach Kräften unsere politische Unterstützung zu gewähren. Andererseits jedoch gilt es zu erkennen, dass erstens auch andere politische Organisationen diese Forderungen inzwischen übernommen haben, so dass es sich dabei heute nicht mehr um spezifisch sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Politika handelt, wenn auch die anfänglichen Impulse

dazu aus unseren Kreisen stammen. Schliesslich aber – und hierin sehe ich die entscheidende Überlegung – werden wir mit unserer Kultur- und Bildungspolitik zwangsläufig in eine Sackgasse geraten, wenn wir nur auf diesem Geleise weiterfahren.

Wenn wir als Sozialdemokraten und Gewerkschafter tatsächlich Repräsentanten und damit auch Treuhänder der breiten, vorwiegend arbeitnehmenden Volksschichten sein wollen, so dürfen wir nicht, wie bisher, unser Augenmerk fast ausschliesslich nur auf die Interessen der wenigen Arbeiter- und Angestelltenkinder richten, die dank höherer Bildung schon morgen nicht mehr dieser sozialen Schicht angehören werden, sondern wir müssen uns fragen: Welches sind die menschenrechtlich begründeten Bildungsbedürfnisse der nicht hochschulgebildeten Berufstätigen von morgen? – Diese Frage ist nicht in erster Linie von parteipolitischen, sondern von demokratisch-humanistischen Motiven geleitet. *Das Denken im Geiste der sozialen Demokratie und Gerechtigkeit fordert vor allen Dingen die Wahrnehmung der Interessen derer, die aller Wahrscheinlichkeit auch morgen noch zur breiten Volksschicht der wirtschaftlich Schwächeren und Abhängigen gehören werden!* Ausgehend von dieser Maxime gilt es nun zunächst einmal ganz nüchtern festzustellen: Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass auch in zwanzig Jahren mindestens 80 Prozent unserer Söhne und Töchter weder eine Universität noch eine Technische Hochschule besuchen, sondern dannzumal irgendwo in der Berufsausbildung oder -ausübung stehen werden. An diese 80 Prozent, an diese überwiegende Mehrheit des Volkes haben wir bei der Konzeption unserer Bildungspolitik zu denken, ihre Interessen müssen wir wahrnehmen, wenn wir unser Mandat als Treuhänder des arbeitnehmenden Volkes nicht verwirken wollen.

Die Bildung und ausserfamiliäre Erziehung des Volkes geschieht zunächst in den Volksschulen. In diesem Bereich ist allenthalben Bewegung im Gange, und auch unsere Politiker bemühen sich in den parlamentarischen und ausserparlamentarischen Ausschüssen um Reformen, besonders um solche auf dem Gebiet der Volksschuloberstufe. Um *die* Schule aber, die heute dringend einer totalen Revision, einer Erneuerung von Grund auf bedarf, um die *Berufsschule*, ist es bedauerlicherweise gerade in unseren Kreisen auffällig still. Das erst vor wenigen Jahren revidierte *Bundesgesetz über die Berufsbildung* ist schon heute in den entscheidenden Punkten veraltet; es macht als Ganzes in der jetzigen Form einen uneinheitlichen und flickwerkartigen Eindruck und verfügt über wenig bis keine reformerische Durchsetzungskraft. Schon der «Zweckparagraph» im Abschnitt über die «Berufslehre», Artikel 7, der ja seinem Wesen nach das Gesetzeswerk repräsentieren sollte, zeigt, dass darin keine eigentliche, grosszügige und weitsichtige Bildungskonzeption enthalten ist. Es heisst da: «Die Berufslehre hat dem Lehrling die zur Ausübung seines Berufes notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln und dabei auch seine Erziehung zu fördern.» Von Allgemeinbildung oder auch nur von Bildung

ist an dieser wichtigen Stelle überhaupt nicht die Rede; das einzige Anliegen des Gesetzgebers scheint der berufliche Fachmann zu sein. Immerhin wird noch von «Erziehung» gesprochen, getreu der patriarchalisch-autoritären Auffassung, sie sei das wichtigste, Bildung verderbe nur den Charakter. — Ich will damit diesen scheinbar harmlosen Sätzen, hinter denen vielleicht überhaupt keine tiefergründenden Überlegungen stecken, nichts unterstellen. Aber es scheint mir doch höchst bezeichnend, wenn im Lande Pestalozzis im Artikel über den Sinn und Zweck einer Berufslehre das Wort Bildung nicht vorkommt. Dass dann im Abschnitt über den «beruflichen Unterricht», in Art. 21, doch von «allgemeinbildenden Fächern» die Rede ist, zeugt deutlich vom widersprüchlichen Charakter dieses Gesetzes und vom mangelnden Mut der Legislativbehörden, einen in sich geschlossenen und wegweisenden Entwurf vorzulegen, zu dem man sich gleich zu Beginn offen bekennt. Bezeichnend für die Leitvorstellungen des Gesetzgebers ist zum Beispiel auch die Stelle in Art. 21, Abs. 1, wo die Möglichkeit eingeräumt wird, «freiwillige Kurse für Lehrlinge» einzuführen mit dem Hinweis auf Art. 44, der seinerseits lediglich von der beruflichen «Weiterbildung» beziehungsweise von der «Vorbereitung zum Besuch von höheren technischen Lehranstalten oder anderen höheren Schulen» spricht. Die Durchführung eines freiwilligen Unterrichts bedurfte also offensichtlich einer Legitimation; sie trägt nach Ansicht der Volksvertreter ihre Berechtigung nicht in sich, sondern muss einem beruflichen Zweck dienen. Den wirklich *neuralgischen Punkt des Berufsbildungsgesetzes* aber sehe ich in Art. 21, Abs. 2, wo es am Schluss heisst: «Die Pflichtfächer und deren jährliche Stundenzahlen werden durch Verordnung bestimmt». Mit dieser Bestimmung wird nämlich *die wichtigste Sache und der eigentliche Gegenstand der Reform unserer Berufsbildung*, nämlich *die Festsetzung des zeitlichen Anteils der Schulbildung an der Berufslehre und der Inhalt neuer Pflichtfächer, in die Hände der Verwaltung als letzter Instanz gelegt!* Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement beziehungsweise das BIGA wird damit zum Ort, wo letztlich über Umfang und Art der Berufs-Bildung entschieden wird. Sehen wir einmal von der Tatsache ab, dass damit gleichsam institutionell die Bildung fast der gesamten Jugend zwischen etwa 15 und 20 Jahren unter volkswirtschaftliche Gesichtspunkte gestellt wird und räumen wir dennoch ein, dass die Leute vom BIGA ihre grosse bildungssoziologische und menschliche Aufgabe durchaus ernst und verantwortungsbewusst übernehmen, so erscheint uns diese Tatsache im Hinblick auf die dringend notwendigen Reformen doch bedenklich. Wenn man nämlich weiss, was für gewaltige wirtschaftliche Interessen im Bereich des Lehrlingswesens auf dem Spiele stehen, und wenn man den mächtigen Einfluss der interessierten Arbeitnehmerorganisationen in der Bundeshauptstadt kennt, so wird man unschwer abschätzen können, welche Bremskräfte sich gegen alle entscheidenden Neuerungen auf dem Gebiete der Berufsbildung stemmen werden.

Das *Lehrlingswesen* ist längst zu einem *volkswirtschaftlichen Tabu* geworden: Jedermann weiss, dass es noch heute ein sehr einträgliches *Geschäft* für den Unternehmer bedeutet, aber kaum ein Politiker oder Gewerkschafter wagt es, die Sache öffentlich beim Namen zu nennen. Selbstverständlich ist auch mir als einem sozialökonomischen Laien bewusst, dass, ausgenommen die berufslehrtätige Jugend, die gesamte Gesellschaft an diesem Geschäft partizipiert, wenn auch keineswegs zu gleichen Teilen. Wir alle profitieren mehr oder weniger davon, dass unsere Jugendlichen billig für uns arbeiten, genauso wie wir Männer die Nutzniesser der schlecht bezahlten Frauenarbeit sind. (Eine neueste wissenschaftliche Untersuchung über die Entlohnung der Frauenarbeit in einer der grössten Maschinenfabriken der Schweiz hat eindeutig ergeben, dass bei gleicher Qualifikation der Arbeit die Frau bedenklich weniger verdient als der Mann!) Als verantwortlicher Staatsbürger aber und Verfechter einer sozialen Demokratie dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass unsere berufstätige Jugend auf Kosten ihrer seelisch-geistigen Entwicklung unserem Profitstreben dient.

Schliesslich, um auch den skeptischen Realpolitikern ein realpolitisches Argument zu geben: Wir können uns die mangelhafte Allgemeinbildung unserer Lehrlinge und Lehrtöchter auf die Dauer auch volkswirtschaftlich gar nicht leisten. Man kann sich nämlich nicht dauernd über den Mangel an qualifiziertem beruflichen Nachwuchs, über das Fehlen von gutgeschultem und vielseitig gebildetem Kader und über die Abwanderung in akademische Berufe beklagen und gleichzeitig die Opfer für eine bessere und extensivere Berufsbildung scheuen. Versuche in der Industrie mit betriebs-eigenen Berufsschulen haben gezeigt, dass trotz oder besser: gerade wegen der beträchtlichen zeitlichen Ausdehnung des berufs- und allgemeinbildenden Teils auf Kosten der praktischen Lehre die Lehrlinge auch an den praktischen Abschlussprüfungen bessere Resultate erzielten. – Wer selbst eine Berufslehre absolviert hat, dem brauchte man diese Tatsache nicht erst statistisch zu belegen!

Konkrete Vorschläge

Wenn wir nun versuchen, aus unseren Überlegungen die bildungspolitischen Konsequenzen zu ziehen, so ergeben sich m. E. die folgenden Forderungen:

1. Das langfristige Ziel der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bildungspolitik muss sein, die *ununterbrochene Bildung aller Jugendlichen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr verfassungsmässig zu garantieren* und institutionell sicherzustellen. Dabei soll der Status der *Lehrlinge, Lehrtöchter* und der übrigen jugendlichen Berufstätigen vom 15./16. bis zum 20. Altersjahr so gesetzlich verankert werden, dass diese

während mindestens der Hälfte ihrer vertraglich geregelten Arbeitszeit eine an die Volksschule anschliessende Bildungsanstalt besuchen können.

2. Inzwischen müssen sämtliche parlamentarischen und gewerkschaftlichen Mittel ausgenützt werden, um die Berufsschulen, die fortschrittlichen Betriebe und das BIGA zu bewegen, *von der im jetzigen Berufsbildungsgesetz vorgesehenen Möglichkeit einer Erweiterung der Pflicht- und Wahlfächer für Lehrlinge Gebrauch zu machen.* (Vgl. etwa den diesen Herbst anlaufenden Versuch an der Berufsschule Aarau.)

Die traditionelle *Lehrzeit muss immer mehr zu einer Schulzeit mit praktischer Ausbildung werden.* Die in den oberen Volksschulklassen ja erst angefangene vertiefte Bildungsarbeit soll kontinuierlich weitergehen und durch berufspraktische Ausbildung ergänzt werden.

Unsere politischen Organisationen müssen alles daran setzen, damit das heutige Verhältnis von vier Fünftel berufspraktischer Arbeitszeit zu einem Fünftel Schulzeit in ein gesünderes Gleichgewicht kommt.

3. Sozialdemokraten und Gewerkschafter müssen dafür einstehen, dass die Masse der *Lehrlinge und jugendlichen Berufstätigen zu den gleichen sozialen Rechten* kommt wie die kleine Gruppe der gleichaltrigen Mittelschüler und Studenten. Dabei stehen das Problem einer *gerechteren Verteilung von Ferien und Freizeit*, die ungenügende ärztliche und pädagogisch-psychologische Betreuung der Berufsschüler sowie die *Forderung nach sportlicher Erziehung der Lehrlinge und Lehrtöchter* im Vordergrund.

Die Vertragspartner bei der Berufslehre eines Jugendlichen sind einerseits der Unternehmer und auf der andern Seite die Eltern des Lehrlings. Die Interessen der Unternehmenseite werden durch die Verbände kräftig wahrgenommen; die Eltern dagegen sind nicht organisiert, noch weniger die eigentlich Betroffenen, die Lehrlinge und Lehrtöchter. Da nun nur ein geringer Teil der Arbeitnehmer parteipolitisch engagiert ist, zahlreiche aber einer gewerkschaftlichen Organisation angehören, ist es vor allem *Sache und Pflicht der Gewerkschaften, sich dieser Reform der Berufsbildung anzunehmen.* In engster Zusammenarbeit mit Fachleuten und ihnen nahestehenden politischen Organisationen haben sie sich dafür einzusetzen, das hoffentlich bald einmal die bildungsbedingten gewaltigen sozialen Unterschiede zwischen einem verschwindend kleinen Teil der privilegierten gymnasialen und studentischen Jugend dort und der grossen Masse der berufstätigen jungen Menschen hier aufgehoben werden.

Eine soziale Demokratie kann es erst dann geben, wenn dieses vielleicht hartnäckigste Relikt aus der feudalistischen Epoche beseitigt sein wird, wenn alle Menschen das gleiche Recht auf die ihnen angemessene Bildung haben werden.